

**Antrag**

Hannover, den 11.11.2025

Fraktion der CDU

**E-Fuels made in Niedersachsen - industriellen Hochlauf ermöglichen, Klimaziele erreichen**

Der Landtag wolle beschließen:

**Entschließung**

Eine sichere, bezahlbare und klimaneutrale Energieversorgung ist Grundlage für Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz. Um nationale wie europäische Klimaziele erreichen zu können, müssen alle verfügbaren technologischen Optionen genutzt werden.<sup>1</sup> Strombasierte, synthetische Kraftstoffe auf Basis von Grünem Wasserstoff und CO<sub>2</sub>, sogenannte E-Fuels, leisten dabei einen Beitrag, insbesondere in Sektoren, in denen eine vollständige Elektrifizierung technisch oder wirtschaftlich nicht möglich ist, etwa in der Luft- und Schifffahrt oder im Schwerlastverkehr.

E-Fuels sind ein Beispiel für technologieoffenen Klimaschutz, der Innovationen fördert und Arbeitsplätze in Industrie und Mittelstand sichern kann. Niedersachsen bietet mit seiner starken Chemie- und Energiewirtschaft, mit exzellenten Forschungseinrichtungen, mit geeigneten Industrie- und Hafenstandorten sowie mit einer leistungsfähigen Energieinfrastruktur ideale Voraussetzungen, um Leitregion für die Entwicklung und Produktion synthetischer Kraftstoffe zu werden. Das Projekt „German eFuel One“ in Steyerberg (Landkreis Nienburg) zeigt, welches Potenzial in dieser Zukunftstechnologie steckt. Als erste kommerzielle E-Fuel-Anlage Deutschlands können in Steyerberg jährlich rund 75 Millionen Liter synthetischer Kraftstoff produziert werden. Dabei können über 140 000 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr eingespart werden.<sup>2</sup> Zugleich verdeutlicht dieses Projekt, dass der Markthochlauf strombasierter Kraftstoffe nur mit verlässlichen Rahmenbedingungen, planbarer Regulierung und gezielter Unterstützung gelingen kann. Neuer Realitätssinn in der Mobilitätspolitik bedeutet auch, technologieoffene Lösungen wie E-Fuels konsequent mitzudenken und durch wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen zu unterstützen.

Der Landtag stellt fest:

- Synthetische Kraftstoffe sind ein unverzichtbarer Bestandteil einer technologieoffenen Klimapolitik und sichern die Anschlussfähigkeit von Bestandsfлотten und Industrien, die sich nicht vollständig elektrifizieren lassen.
- Die Landesregierung hat bislang keine kohärente Strategie zur Förderung des E-Fuel-Hochlaufs und zur regulatorischen Unterstützung der Branche vorgelegt.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. eine Landesinitiative „E-Fuels made in Niedersachsen“ aufzulegen, die Forschung, Pilotanlagen und industrielle Projekte entlang der gesamten Wertschöpfungskette initiiert und begleitet - von der Elektrolyse über Synthese und Logistik bis zur Anwendung - und im Rahmen dieser Initiative eine landesweite Vernetzungsplattform „E-Fuel-Cluster Niedersachsen“ etabliert, die Industrie, Forschung und Politik zusammenführt, den Wissenstransfer fördert und gemeinsame Projekte koordiniert,
2. Projekte, wie beispielsweise „German eFuel One“ in Steyerberg, gezielt zu unterstützen, insbesondere durch Planungsbeschleunigung, Beratung bei Förderverfahren und Sicherung der Standortinfrastruktur,

<sup>1</sup> vgl. acatech/Leopoldina/Akademienunion: Towards a Climate-neutral Germany – Policy Options for the Technological Transition, 2024

<sup>2</sup> <https://gef1.de/>, zuletzt aufgerufen am 20.10.2025

3. den Luft- und Schifffahrtssektor als Treiber des Markthochlaufs zu nutzen und regionale Initiativen zur Nutzung nachhaltiger Flugkraftstoffe (Sustainable Aviation Fuels - „SAF“) sowie synthetischer Schiffskraftstoffe zu unterstützen,
4. eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, mit dem Ziel, auf Bundes- und EU-Ebene geeignete Rahmenbedingungen für den industriellen Hochlauf strombasierter Kraftstoffe zu schaffen und sich insbesondere mit der Prüfung und Umsetzung der folgenden Maßnahmen zu befassen:
  - a) Übergangsregeln für Grünstromkriterien: In der Aufbauphase flexible Vorgaben (beispielsweise keine stündliche Korrelation zwischen Stromerzeugung und -verbrauch) schaffen, um Investitionen zu erleichtern,
  - b) CO<sub>2</sub>-Quellen sichern: Industrielle Punktquellen sollen auch über das Jahr 2040 hinaus als Rohstoffquelle für E-Fuels genutzt werden können, insbesondere bei schwer vermeidbaren Emissionen. Voraussetzung ist eine bilanzielle Kompensation, etwa durch geologische Speicherung oder langfristige Bindung. Perspektivisch ist auch der Aufbau von Direct-Air-Capture-Technologien (DAC) zu berücksichtigen und im Rahmen vorhandener Förderprogramme, auf Landes-, Bundes und EU-Ebene, zu unterstützen,
  - c) Co-Processing stärken: Die Anrechnung erneuerbarer Anteile bei flüssigen Kraftstoffen ermöglichen, insbesondere bei Anwendungen wie Kerosin, bei denen der Klimanutzen alternativer Komponenten besonders hoch ist,
  - d) Importregeln anpassen: Den Import synthetischer Kraftstoffe aus Drittstaaten zulassen, sofern diese den europäischen Nachhaltigkeitsstandards entsprechen,
  - e) Planungssicherheit schaffen: Einen langfristigen europäischen Fahrplan mit verbindlichen Zielpfaden, Quoten und Umgang mit Restemissionen unterstützen,
  - f) Bestandsschutz für Erstanlagen gewährleisten: Investitionen durch rechtliche Verlässlichkeit und Schutz vor nachträglichen Änderungen absichern,
  - g) Finanzierungssicherheit ermöglichen: Instrumente wie Contracts for Difference (CfD), H2Global oder die EU-Wasserstoffbank auch für nachgelagerte Produkte nutzbar machen,
  - h) Nachweissysteme vereinheitlichen: EU-weit kompatible Zertifizierungen und Book-and-Claim-Systeme für E-Fuels einführen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber dem Bund und der Europäischen Union dafür einzusetzen,

5. dass das Null-Emissionsziel ab 2035 korrigiert wird, sodass auch klimaneutrale Verbrennungs- und Hybridfahrzeuge, die mit E-Fuels oder Biokraftstoffen betrieben werden, über dieses Jahr hinaus zugelassen bleiben können; maßgeblich soll dabei die tatsächliche CO<sub>2</sub>-Bilanz über den gesamten Lebenszyklus eines Fahrzeugs sein und nicht ausschließlich die am Fahrzeug gemessenen direkten Emissionen,
6. dass synthetische und biogene Kraftstoffe auf die CO<sub>2</sub>-Flottenbilanz von Fahrzeugherstellern angerechnet werden können und hierfür auf europäischer Ebene einheitliche, praktikable Nachweis- und Zertifizierungssysteme geschaffen werden, damit die Nutzung klimaneutraler Kraftstoffe marktwirksam wird,
7. dass der Ausbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe, insbesondere Betankungs- und Ladeinfrastruktur für E-Fuels, Wasserstoff und Strom in Häfen, Gewerbegebieten und entlang der Hauptverkehrsachsen, auf Bundes- und EU-Ebene systematisch unterstützt wird,
8. dass europäische Regelwerke wie RED III, FuelEU Maritime und ReFuelEU Aviation um praktikable Übergangsregelungen ergänzt werden,
9. dass Einnahmen aus dem EU-Emissionshandel verstärkt für Investitionen in E-Fuel-Projekte verwendet werden,
10. dass gleiche Wettbewerbsbedingungen für EU- und Nicht-EU-Produzenten geschaffen werden.

### Begründung

Die Nutzung synthetischer Kraftstoffe ist ein zentraler Baustein für eine erfolgreiche Energiewende. E-Fuels verbinden Klimaschutz mit wirtschaftlicher Vernunft: Sie ermöglichen klimaneutrale Mobilität, sichern industrielle Wertschöpfung und reduzieren Abhängigkeiten von fossilen Energieimporten. Um die Klimaziele zu erreichen, ohne den Industriestandort Deutschland zu schwächen, braucht es Technologien, die ökologische und ökonomische Ziele miteinander vereinbaren. E-Fuels können dabei als Brücke zwischen der heutigen Energiewirtschaft und einer künftig treibhausgasneutralen Gesellschaft fungieren. Besonders im Pkw- und Nutzfahrzeugbestand, der auch über das Jahr 2035 hinaus auf Verbrenner angewiesen sein wird, bieten E-Fuels eine realistische Möglichkeit, kurzfristig und ohne Umrüstungen zur Emissionsminderung beizutragen. Niedersachsen verfügt über das technische, wissenschaftliche und wirtschaftliche Potenzial, um hier eine führende Rolle einzunehmen. Die Voraussetzungen sind vorhanden: Know-how im Anlagenbau, eine leistungsfähige Infrastruktur, Häfen für den Import erneuerbarer Energien und erste industrielle Projekte, wie die Anlage in Steyerberg.

Entscheidend ist nun, dass verlässliche politische und regulatorische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Investitionen anreizen und Planungssicherheit bieten. So kann Niedersachsen seine Standortvorteile voll ausschöpfen und zum Vorbild einer klimaneutralen Industriepolitik werden. Ein technologieoffener Klimaschutz, der auf Innovation statt auf Verbote setzt, bietet die besten Voraussetzungen, um Klimaneutralität, Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern. Niedersachsen sollte diesen Weg konsequent beschreiten, als Energieland mit Zukunft.

Carina Hermann  
Parlamentarische Geschäftsführerin